**(47) Kap. 16: Die Ausweitung der politischen Konfliktfelder**

Im März 1935 veröffentlicht Leopold Schwarzschild im *Neuen Tage-Buch* einen bemerkenswerten Artikel. Er trägt die Überschrift „Aufforderung zum Risiko“.[[1]](#footnote-1) Schwarzschild beschäftigt sich darin mit der deutschen Rüstungspolitik und den hieraus resultierenden politischen und militärischen Gefahren. Was er mit der „Aufforderung zum Risiko“ meint, liegt auf der Hand: Um dem Dritten Reich und der nationalsozialistischen Rüstungspolitik entgegenzutreten, fordert Schwarzschild militärischen Druck seitens der deutschen Nachbarstaaten. Andere Möglichkeiten sieht er nicht:

„Es ist oft festgestellt worden, daß die europäische Nachkriegsgeschichte ihr Gepräge hauptsächlich von einer einzigen Tatsache empfing: […] daß Deutschland *wußte*, was es wollte, während seine Nachbarn absolut *nicht* wußten, was sie wollten. Deutschland wollte die Zerstörung der Ordnung von Versailles […]. Seine Gegenspieler dagegen taumelten zwischen dem Willen, diese Ordnung zu erhalten, und dem Willen, sie irgendwie zu ändern […]. Zu diesem Mangel an präzisen Zielen gesellte sich überdies noch die wahrhaft *panische Angst vor jeder Verwicklung*, jeder Friedens-Störung, jedem Risiko, – während Deutschland vor alledem niemals zurückschreckte […], – und damit haben wir die Elemente beisammen, die schließlich sogar bewirkten, daß Deutschlands Wiederaufrüstung unbehindert blieb […]: daß die ganze heutige Lage entstand, die in Permanenz eine Lage am Rande des Krieges ist.“[[2]](#footnote-2)

Es ist der sich inzwischen immer deutlicher abzeichnende Zerfall des in Versailles geschaffenen Ordnungssystems, der Schwarzschild veranlasst, militärischen Druck als politisches Instrument in Erwägung zu ziehen. Das System von Versailles mit seinen strikten Rüstungsbeschränkungen, verbunden mit der Entmilitarisierung des Rheinlands, war bislang die Grundlage der politischen Ordnung in Mitteleuropa. Es war zum einen Ausdruck der militärischen Stärke auf Seiten der Siegermächte des Ersten Weltkriegs, zum anderen aber auch der die Nationen übergreifenden Sehnsucht nach Frieden und dem Ende der Konfliktlösung mit militärischen Mitteln. Doch mit pazifistischen Mitteln ist in der jetzigen Situation das Ziel, in Europa den Frieden zu sichern, nicht mehr zu erreichen. Europa bewegt sich – so Schwarzschild – „in Permanenz“ am Rande eines erneuten Krieges.

An die Bestandsanalyse schließt Schwarzschild die Frage an, wie aufgrund der inzwischen eingetretenen brandgefährlichen Entwicklung die zentrale Aufgabe: der „Kampf um den Frieden“, zu lösen sei. Dabei ist für Schwarzschild klar: „Sie ist *nicht* mehr zu lösen durch abstrakt-pazifistisches Geklingel und Gedudel.“[[3]](#footnote-3) – Bei dem Bemühen, eine Antwort zu formulieren, greift Schwarzschild auf einen Gedanken zurück, den die Sowjetunion kurze Zeit zuvor in einer Note an die Westmächte formuliert hat: den Abschluss eines kollektiven Beistandspaktes. Schwarzschild unterstützt diese Argumentation:

„Es gibt vielmehr ‚*nur ein einziges Mittel‘* – nur ein einziges! – ‚das der dringenden und konkreten Gefahr eines neuen Waffengangs der Völker entgegengesetzt werden kann‘. Diese […] Mittel ist ‚die Verpflichtung der Staaten, die der Gefahr ehrlich in den Weg treten wollen, sich *im Kriegsfall gegenseitig zu helfen.‘*“[[4]](#footnote-4)

*Verträge* über Rüstungsbegrenzung erachtet Schwarzschild für nutzlos*.* Entscheidend ist vielmehr die Bereitschaft zu sofortiger militärischer Intervention. Gerade in dieser Frage stimmt Schwarzschild der Sowjetunion und ihren Vorschlägen zu:

„Dem pseudo-gerechten Getue, als gebe es eine ‚Gleichheit von allem, was Regierungs-Antlitz trägt‘, stellt sie [die Moskauer Regierung] die grobe Grund-Wahrheit gegenüber, daß es kriegs- und friedenssüchtige Regierungen gibt, – und zwar ganz bestimmte, mit Namen zu benennende.

Dem pseudo-pazifistischen Getue, als seien die Waffen des Kriegssüchtigen durch irgendwelche Seelen-Massage, durch irgendwelche Zaubersprüchlein zu entkräften, setzt sie die brutale These entgegen, daß es keine andere Wehr gibt als nur eben wieder Waffen, zahlreichere Waffen, verbündete Waffen.“[[5]](#footnote-5)

Implizit ist diese Feststellung gegen britische Pläne für ein Flottenabkommen mit dem Dritten Reich gerichtet.

Im letzten Teil gewinnt der Artikel eine zunehmend resignative Färbung. Schwarzschild sieht voraus, dass der deutschen Aufrüstung kein Einhalt geboten wird:

„Aber die Dinge gehen ihren Gang, die Flugzeuge strömen aus Hitlers Fabriken, die Kasernen wachsen wie Pilze nach dem Regen […]“.

In welchem Maße Leopold Schwarzschild mit seinem Appell zum „Risiko“ Recht hat, verdeutlicht ein Blick auf die nachfolgende Entwicklung: Am 9. März 1935 gibt Hitler öffentlich bekannt, dass Deutschland inzwischen über eine eigene Luftwaffe verfügt. Am 16. März 1935 wird in Deutschland die Allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Gleichzeitig wird die Friedensstärke des Heeres von 21 auf 36 Divisionen erhöht. – Diese Mitteilungen lösen diplomatische Proteste aus, aber an den Fakten ändert sich damit nichts.

Aus der Rückschau formuliert ein Insider, der damalige französische Botschafter in Berlin André François-Poncet, ein vernichtendes Urteil über die Reaktionen der Westmächte: Nach der Vertragslage habe aufgrund dieser Informationen der Casus belli vorgelegen. Ein „Machtwort“ als Reaktion wäre „die einzige Sprache [gewesen], die Hitler verstanden hätte“.[[6]](#footnote-6) Die Westmächte weigerten sich jedoch, den Sachverhalt auch nur zur Kenntnis zu nehmen. Doch nicht nur das: Der Vertragsbruch wurde sogar sanktioniert: Am 18. Juni 1935 schloss Großbritannien mit Deutschland ein wechselseitiges Flottenabkommen ab. Damit hatte Hitler implizit die Zustimmung einer der Siegermächte des Ersten Weltkrieges für seine Aufrüstung erhalten. Zuerst scherte also Großbritannien aus der Abwehrfront aus, dann folgte Italien.[[7]](#footnote-7)

Mit dem deutsch-britischen Flottenabkommen waren alle Bemühungen, auf Basis des Versailler Vertrags die Machtbalance in Europa zu regeln, endgültig desavouiert. Aus diesem Sachverhalt zog Hitler den naheliegenden Schluss: Am 7. März 1936 folgte die Besetzung des nach dem Versailler Vertrag entmilitarisierten Rheinlands. Der Termin war gut gewählt: Er lag genau zwischen dem Datum der Olympischen Winterspiele, die im Februar 1936 in Garmisch-Patenkirchen abgehalten wurden, und dem der Sommerspiele in Berlin. Politisch war Deutschland im Vorteil, obwohl es militärisch zu diesem Zeitpunkt noch schwach war: Frankreich hätte gegen die Besetzung des Rheinlands allein, ohne britische oder belgische Unterstützung, vorgehen müssen. Ausschlaggebend für die Entscheidung, von einer militärischen Reaktion Abstand zu nehmen, war die Tatsache, dass General Gamelin, der Generalstabschef, für jede solche Aktion die Allgemeine Mobilmachung verlangte. Vor der Allgemeinen Mobilmachung jedoch schreckte die französische Regierung zurück.[[8]](#footnote-8)

Während das Deutsche Reich die militärische Aufrüstung forciert und sich damit immer stärker von den Fesseln befreit, die der Versailler Vertrag ihm auferlegt hatte, gerät im Pariser Exil die Diskussion über eine deutsche „Volksfront“ – kaum dass sie begonnen hat – in eine zunehmend stärkere Krise. Die Ursache dafür ist, dass die KPD, zweifelsohne der wichtigste Partner der „Volksfront“-Bemühungen, Schritt für Schritt jedwede Glaubwürdigkeit verliert. Das auslösende Moment ist zum einen der bereits an anderer Stelle[[9]](#footnote-9) thematisierte Skandal um das *Pariser Tageblatt*, dannder von kommunistischer Seite unternommene Versuch, Leopold Schwarzschild mit gefälschten Unterlagen eine Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten zu unterstellen, vor allem aber die immer stärker anwachsende Diskussion über die Moskauer Prozesse.[[10]](#footnote-10) Die „Volksfront“-Diskussion – ein Bemühen, das sich im legendären „Lutetia“-Kreis, in gemeinsamen Resolutionen und weit ausgreifenden Programm-Diskussionen niederschlägt – gerät unter diesen Umständen zunehmend zur politischen Farce.[[11]](#footnote-11)

Wie problematisch sich die Situation schon in einer vergleichsweise frühen Phase der Verhandlungen gestaltet, wird an einem Bericht erkennbar, den Herbert Wehner in seiner Funktion als Pariser Vertreter der KPD 1936 an Wilhelm Pieck in Moskau schickt. Aufschlussreich ist, dass Wehner darin gleich zu Anfang auf die Einflüsse eingeht, die der erste Moskauer Schauprozess (19. bis 24. August 1936) auf das Klima der „Volksfront“-Verhandlungen ausübt. Wehner weist darauf hin, dass die Krise vor allem von den Intellektuellen ausgehe, inzwischen aber auch auf die Parteienvertreter übergegangen sei. Damit ist jedoch die Gesamtheit der „Volksfront“-Arbeit in Frage gestellt:

„Die Lage ist augenblicklich ziemlich schwierig. In einer Reihe von Gruppen ist eine organisierte Opposition, hauptsächlich von Intellektuellen ausgehend, anläßlich des Moskauer Prozesses entstanden. […] Die Haltung der einzelnen Sozialdemokraten zum Moskauer Prozeß ist ein gewisser Prüfstein für ihre Ehrlichkeit in ihrer Zusammenarbeit mit uns. Es ist typisch, dass gerade einige Linke, wie Breitscheid, offen in Artikeln gegen den Prozeß Stellung nehmen.“[[12]](#footnote-12)

Die Zentralgestalt der antisowjetischen Agitation ist für Wehner Leopold Schwarzschild:

„Besonders wüst benimmt sich Schwarzschild, mit dem wir schon seit der Veröffentlichung des Ehrengerichts aus Weißgardisten und jüdischen Faschisten [gemeint sind die Untersuchungsausschüsse zur *Pariser Tageblatt-*Affäre] keine Beziehungen mehr haben. Seine Aufsätze in ‚Neues Tagebuch‘ sind eine Konzentration aller Angriffe und Gemeinheiten, die denkbar sind.“[[13]](#footnote-13)

Es ist angesichts der Vehemenz dieser verunglimpfenden Attacken nur zu verständlich, dass Schwarzschild sich Ende 1936 aus den „Volksfront“-Verhandlungen zurückzieht.[[14]](#footnote-14)

Die Moskauer Prozesse lösen jedoch nicht nur im Kreis der deutschen Intellektuellen grundlegende Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Sowjetunion aus, sondern vor allem auch unter den *französischen* Intellektuellen. Es ist angesichts dieser Entwicklung nur zu verständlich, dass der Komintern-Emissär Bohumir Šmeral in dem Bericht,[[15]](#footnote-15) den im Januar 1938 über seine Arbeit in Paris (Dezember 1936 – 2. November 1937) verfasst, an erster Stelle über die Haltung der französischen Intellektuellen spricht. Er registriert hier starke „trotzkistische“ Einflüsse und deutet an, dass möglicherweise ein Gegenprozess zustande kommt:

„In den ersten Monaten nach meiner Ankunft [im Dezember 1936] war die uns nahestehende Gruppe der französischen Intellektuellen einem scharfen Drucke der trotzkistischen Beeinflussung ausgesetzt. Auf [den Physiker] Professor [Paul] Langevin übt sein Freund, der Vorsitzende der französischen Liga für Menschenrechte, Professor [Victor] Basch, einen großen persönlichen Einfluß aus. […] Professor Basch hat in den ersten Tagen des Pjatakow-Prozeßes eine Erklärung gegen die Sowjetjustiz unterschrieben und im ‚Oeuvre‘ veröffentlicht. Sedow [der älteste Sohn von Trotzki] hat sich mit ihm in Verbindung gesetzt. In der Liga für Menschrechte wurde unter dem Einflusse der Trotzkistenelemente ein ‚Gegenprozeß‘ vorbereitet.“[[16]](#footnote-16)

Šmeral weist darauf hin, dass der Einfluss der „Trotzkisten“ sich auch zunehmend auf prominente SPD-Mitglieder und ihr Verhalten in den „Volksfront“-Organen auswirke. Sie verhielten sich nicht länger kooperativ, sondern begännen, in Institutionen mit nach außen hin „überparteilichem“ Charakter – die jedoch von der KPD finanziert und kontrolliert werden – Veto-Recht auszuüben. Für Šmeral ist symptomatisch, dass Rudolf Breitscheid[[17]](#footnote-17) sich z.B. geweigert habe, in den *Deutschen Informationen* die Moskauer Lesart vom Verlauf der Prozesse zu veröffentlichen. Bereits vorsichtige kommunistische Äußerungen *zugunsten der* *Prozesse* stellten bei den Sozialdemokraten die gesamte Zusammenarbeit mit Kommunisten in Frage:

„Wegen meines ganz vorsichtigen Artikel[s] in ‚Humanité‘ über den Prozeß hat Breitscheid direkt die Frage seiner weiteren Zusammenarbeit im W.K. [Weltkomitee gegen Krieg und Faschismus] gestellt. Es gelang mir nicht in den ‚Deutschen Informationen‘, die wir materiell sicherstellen und wo Breitscheid mitentscheidet, die Veröffentlichungen der informativen Telegramme über den Verlauf des Prozesses durchzusetzen.“[[18]](#footnote-18)

In ähnlicher Form verhalten sich – so Šmeral – auch die anderen sozialdemokratischen Mitarbeiter der *Deutschen Informationen*:

„Die bezahlten sozialdemokratischen Mitarbeiter sind wenig produktiv, sie müssen aber gehalten und bezahlt werden wegen des überparteilichen [sic!] Charakters der Korrespondenz. Sie haben nicht zugelassen, daß die Nachrichten [gemeint sind die *Deutschen Informationen*] telegraphische Informationen über den Pjatakow-Prozeß oder gegen den Trotzkismus bringen. Auch die Tatsachen, die propagandistische Bedeutung für die Sowjetunionhaben, werden nicht gegeben.“[[19]](#footnote-19)

Die Moskauer Prozesse spalten und polarisieren das Exil. Alle, die die Moskauer Lesart der Prozesse nicht akzeptieren, sind für die KP „Trotzkisten“ oder „Faschisten“.[[20]](#footnote-20)

Für den Verlust an Glaubwürdigkeit sind aber auch innerparteiliche Vorgänge, vor allem die Ablösung Willi Münzenbergs in seiner Eigenschaft als Organisator der „Volksfront“-Verhandlungen, verantwortlich.[[21]](#footnote-21) Münzenberg, ein Vertrauter Lenins aufgrund der frühen Kontakte in der Zeit von Lenins Schweizer Exil, Schöpfer der Internationalen Arbeiter-Hilfe, in der Weimarer Republik die nahezu legendäre Zentralgestalt eines kommunistischen Presseimperiums, im Pariser Exil der Initiator der ebenso legendären „Braunbücher“ und Leiter der Éditions du Carrefour, verfügt über enge, persönliche Kontakte zu Heinrich Mann, dem Vorsitzenden des „Volksfront“-Ausschusses, und zu Rudolf Breitscheid. Innerhalb der KPD- und Kominternhierarchie gilt Münzenberg jedoch spätestens 1936 als „Trotzkist“ und damit potentiell als ein Beschuldigter in einem künftigen Schauprozess. Seine innerparteiliche Stellung ist entsprechend fragil. Von der Internationalen Kontrollkommission der Komintern erhält er im April 1936 eine strenge Rüge. Der Grund ist, dass er bei seinem Aufenthalt in Moskau Karl Radek besucht hat.[[22]](#footnote-22) Dass allein schon ein solcher Besuch Anlass für eine „strenge Rüge“ ist, beleuchtet die politische Situation.[[23]](#footnote-23) Die Stigmatisierung derjenigen, die für einen Schauprozess vorgesehen sind, erfolgt bereits im Vorfeld. Münzenberg ist jedoch aufgrund seiner Reputation in der Anfangsphase der „Volksfront“-Bemühungen als Repräsentant der KPD noch unverzichtbar.

Šmeral geht mehrfach auf den „Fall Münzenberg“ ein, u.a. im Zusammenhang von Hinweisen auf „Unruhe und Desorganisation“ bei der Arbeit des „Weltkomitees gegen Krieg und Faschismus“. Er legt allerdings Wert darauf zu betonen, dass Irritationen, die der „Fall Münzenberg“ insbesondere bei Persönlichkeiten wie Heinrich Mann oder Rudolf Breitscheid ausgelöst hat, inzwischen behoben seien. Eine konsequente Trennung von Münzenberg würde also keine weitreichenden Folgen mehr haben:

„Eine andere Tatsache, die eine Unruhe und Desorganisation in einem Teil der um das W.K. [das Weltkomitee gegen Krieg und Faschismus] sich gruppierenden Persönlichkeiten hervorrief, war die Unklarheit in der Frage Willi Münzenberg. Breitscheid, teilweise auch Heinrich Mann, waren mit Willi politisch und persönlich eng verbunden. Auch in diesem Fall ist es gelungen, daß trotz dieser Verbindung z.B. bei Breitscheid seine tägliche Mitarbeit im W.K. nicht gestört wurde.“[[24]](#footnote-24)

Šmeral warnt trotzdem davor, in der jetzigen Situation den „Fall Münzenberg“ zu forcieren: *Die politischen Folgen seien nicht absehbar.* Münzenberg werde – „wenn er einen politischen Kampf führen sollte“[[25]](#footnote-25) – die politischen und propagandistischen Machtmittel, über die er verfügt, auch gebrauchen. Auch werde er nichtnach Moskau kommen.[[26]](#footnote-26) – Implizit formuliert Šmeral damit ein aufschlussreiches Faktum: Münzenberg wisse wie Šmeral, dass, sollte Münzenberg der Aufforderung nach Moskau zu kommen Folge leisten, er nicht als freier Mann nach Paris zurückkehren würde.

Šmeral schließt den Bericht mit einer vorsichtigen, der Sachlage nach aber eindeutigen Empfehlung. Im „Fall Münzenberg“ müsse umgehend „Klarheit“ hergestellt werden:

„Was die Frage des Gen. Münzenberg betrifft, kann ich ganz kurz formulieren: ich bin mir bewußt, daß in der jetzigen Situation ein Ausbruch eines jeden, wenn auch nur vorübergehenden Skandals, auf dem Pariser Boden unbequem ist. […] Die Sache zieht sich [andererseits] schon mehr als ein Jahr hin. Vor meiner Abreise von hier [aus Moskau] sollte unbedingt Klarheit geschaffen werden, was mit Willi Münzenberg sein soll.“[[27]](#footnote-27)

Šmerals Formulierungen machen deutlich, dass die entscheidenden politischen Fragen nicht in Paris, also unter den Partnern der „Volksfront“-Verhandlungen, entschieden werden*, sondern in Moskau.*[[28]](#footnote-28) Genau das ist der entscheidende Punkt, der die „Volksfront“-Verhandlungen letztendlich zum Scheitern bringt.

Die politische Position des Exils wird jedoch nicht nur durch das militärische Erstarken des Dritten Reiches, die sich vergrößernde Kluft innerhalb der Parteienlandschaft des Exils sowie durch die sich allmählich intensivierende Appeasementpolitik der deutschen Nachbarstaaten geschwächt. Das völlige Scheitern der „Volksfront“-Politik ist letztlich vor allem eine Folge des Spanischen Bürgerkriegs. Hier sieht Ursula Langkau-Alex die Hauptursache für den Zusammenbruch der „Volksfront“-Politik:

„Das Auseinanderdriften im Volksfrontausschuß, im Lutetia-Kreis, in den im Zuge der Volksfrontbewegung konstituierten Gewerkschafts-Koordinationsausschüs-sen […], selbst innerhalb der Parteien und Gruppierungen, verlief parallel zu den in Frankreich und in Spanien sich vollziehenden inhaltlichen und strukturellen Wandlungen der Volksfrontbündnisse. Auch wenn dort die ungelösten sozialen, wirtschaftlichen, innenpolitischen Probleme schwer wogen, *so ist als Hauptursache doch der Krieg in Spanien zu nennen*.“[[29]](#footnote-29)

Dass der Spanische Bürgerkrieg der entscheidende Grund für das Scheitern der „Volksfront“-Politik sein soll, überrascht auf den ersten Blick. Wo liegen die Gründe für diese Entwicklung? Wieso konnte ein Ereignis, das auf den ersten Bezug einen nur mittelbaren Bezug zum Nationalsozialismus zu haben scheint, einen derartig starken Einfluss ausüben?

Die Vorgänge in Spanien, speziell der Kampf großer Teile der Bevölkerung gegen die Insurgenten, weckten in der ganzen Welt Emotionen. Der Wunsch, die spanische Republik zu unterstützen, war insbesondere bei weiten Teilen des in Frankreich befindlichen politischen Exils groß. Viele Emigranten sahen in der Beteiligung am Widerstandskampf gegen die Insurgenten die Chance, die ihnen auferlegte Passivität zu überwinden und damit aktiv für ihre politische Überzeugung einzutreten. Doch im Verlauf der außerordentlich verlustreichen Kämpfe wurde klar erkennbar, dass die politischen Gemeinsamkeiten zwischen den Gruppen und Parteien, die die spanische Republik in ihrem Kampf unterstützten, gering waren, die Differenzen dagegen aber derartig groß, dass sie z.T. erbitterter Gegnerschaft glichen.[[30]](#footnote-30) Die Verdächtigung der unterschiedlichen Parteien und Gruppen der nichtkommunistischen politischen Linken seitens der KP als „Trotzkisten“ oder „Faschisten“ war allgegenwärtig.[[31]](#footnote-31) Es kam zu Verhaftungen, Entführungen, Folterungen, Ermordungen. Gleichzeitig wurde jedermann bewusst, dass die westeuropäischen Demokratien die Republik *nicht* unterstützten, wohl aber die beiden Diktaturen: Deutschland und Italien. Das Zusammenwirken dieser beiden Faktoren löste einen Prozess tiefgreifender Desillusionierung aus. Er wurde verstärkt durch den Fall von Barcelona und Madrid, also durch die Niederlage der Republik. Der Enthusiasmus endete in Depression und Entwürdigung: Die Anfang 1939 nach Frankreich zurückflutenden Truppen wurden in improvisierten Internierungslagern (St. Cyprien, Argelès-sur-mer, Gurs u.a.) inhaftiert. Wenige Monate später begann der Zweite Weltkrieg.

Für die Gesamtheit der deutschsprachigen Emigration, speziell aber für das politische Exil, war diese Entwicklung fatal. Die Folge des Scheiterns der Bemühungen um die Bildung einer deutschen „Volksfront“ war ein kaum zu ermessender Verlust an Glaubwürdigkeit – sowohl nach innen, vor allem gegenüber der jüdischen, der vermeintlich „unpolitischen“ Emigration, als auch nach außen, also gegenüber den Regierungen und befreundeten Parteien der westeuropäischen Staaten. Das galt auch für die SPD (Sopade), die sich an den Volksfront-Verhandlungen nicht beteiligt hatte.[[32]](#footnote-32) Die Vertreter des politischen Exils hatten sich als eine Ansammlung von Dilettanten, Illusionisten und verstiegenen Ideologen erwiesen – ohne Gespür für die Realität und beherrscht von Wunschdenken bzw. von parteipolitischer Taktik. Es bestand von jetzt an kaum noch die Möglichkeit, die internationale Öffentlichkeit auf die Belange, die Not und Bedrängnis der Hitler-Flüchtlinge aufmerksam zu machen. Das politisch-publizistische Kapital des Exils: das Renommee von Schriftstellern wie Heinrich Mann, Lion Feuchtwanger, Ernst Toller, Stefan Zweig und anderen, das in der Anfangsphase des Exils als Instrument gedient hatte, um die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit auf die Diktatur, den Terror und die rassenideologische Verfolgung zu lenken, war durch interne Konflikte und dilettantisches politisches Agieren verspielt worden. Statt *vor Beginn* der öffentlichen Aktionen in vertraulichen Verhandlungen zu klären, ob überhaupt die Möglichkeit eines Zusammengehens der wichtigsten politischen Parteien gegeben war und ob eine hinreichend breite Basis für ein solches Zusammengehen auch bei der Mehrheit des Exils vorhanden war, also bei der jüdischen Emigration, die rd. 90 % der Gesamtemigration stellte, war man *zuerst* an die Öffentlichkeit gegangen. Dabei hätte es sorgfältiger Vorklärungen bedurft, um das Risiko eines Scheiterns zu begrenzen. Jedermann wusste, welche grundlegenden Konflikte das politische Leben der Weimarer Republik beherrscht und die Demokratie zum Scheitern gebracht hatten. Diese Konflikte waren unterschwellig neu aufgebrochen. Demoralisierung und Misstrauen sind fortan die alles beherrschenden Momente.

Das Scheitern der „Volksfront“ wurde zu einem Gutteil aber auch durch äußere Einflüsse bewirkt: durch die Moskauer Prozesse und die „Säuberungen“, durch die Krise der Volksfrontpolitik in Frankreich und durch die Nicht-Interventionspolitik der Demokratien gegenüber der Spanischen Republik. Verantwortungsbewusst handelnde Politiker hätten diese Gefahren erkennen und ihr Handeln darauf abstellen müssen. Vor allem hätte man sich die Frage stellen müssen, ob die „bolschewistische“, also die von Moskau abhängige KPD überhaupt bereit war, „Volksfront“-Verhandlungen zu führen, also offen alle Fragen einer *demokratischen* Gesellschaftsordnung zu diskutieren. Diese Probleme wurden jedoch nicht einmal im Ansatz berührt.

Vom Scheitern der Volksfront war letzten Endes auch die Exilliteratur betroffen. Ohne die Unterstützung durch das Schriftstellerexil wäre das Parteienexil eine historische Marginalie gewesen. Da das Parteienexil in einer kritischen Situation der europäischen politischen Entwicklung eklatant versagt hatte, verlor auch das Schriftstellerexil an Reputation. Damit aber wurde auch die Exilliteratur in den Augen der nachfolgenden Generation in eine Randposition gedrängt.

1. Leopold Schwarzschild: Aufforderung zum Risiko. In: *Das Neue Tage-Buch*, Jg. 3 (1935), H. 9 (2. März 1935), S. 202 – 205. – Zitiert nach Loewy, Bd. 1, S. 385 ff. [↑](#footnote-ref-1)
2. Schwarzschild: Aufforderung, S. 385. [↑](#footnote-ref-2)
3. Ebd., S. 387. [↑](#footnote-ref-3)
4. Ebd. [↑](#footnote-ref-4)
5. S. 388. [↑](#footnote-ref-5)
6. Zitat bei Ludolf Herbst: *Das nationalsozialistische Deutschland*, S. 139. [↑](#footnote-ref-6)
7. Ludolf Herbst, a.a.O., S. 143, [↑](#footnote-ref-7)
8. S. 147 f. [↑](#footnote-ref-8)
9. Zu diesen thematischen Komplexen vgl. Kap. 10. [↑](#footnote-ref-9)
10. So sieht es Michael Rohrwasser: „Die Reaktionen auf die Schauprozesse – und nicht erst der Hitler-Stalin-Pakt – leiteten das Ende des Mythos von einer einheitlichen antifaschistischen Linken ein. Eine Polarisierung fand statt, die Züge eines Intellektuellen-Krieges zwischen den Kritikern und den Befürwortern annahm“ (Michael Rohrwasser: *Der Stalinismus und die Renegaten*. Die Literatur der Exkommunisten. Stuttgart 1991, S. 141). [↑](#footnote-ref-10)
11. Das Urteil von Ursula Langkau-Alex über die Entwicklung ist eindeutig: „Bereits im Frühjahr 1937 endete die Zusammenarbeit der ‚Vertreter der Arbeiterparteien im Volkfrontausschuß‘ in Paris.“ (Ursula Langkau- Alex: Volksfront für Deutschland. – In: *Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933 – 1945*. Darmstadt 1998, Sp. 602). Der Volksfrontausschuss ist im Herbst 1937 praktisch lahmgelegt (Langkau, a.a.O., Sp. 601). – Ähnlich urteilt auch Dieter Schiller: „Die Vorgänge in Moskau stürzten die mühsam erarbeiteten Grundlagen einer – ursprünglich ja von der Kommunistischen Internationale initiierten – Volksfrontbewegung in eine tiefe Glaubwürdigkeitskrise“ (Dieter Schiller: Die „Volksfront-Sache“ – „moralisch zerstört?“ Aus dem redaktionellen Briefwechsel von Leopold Schwarzschilds *Neuem Tage-Buch* 1937. In: *Exilforschung* 22 (2004), S. 248 – 259, hier S. 250). [↑](#footnote-ref-11)
12. Reinhard Müller: Drei Briefe Hans Sahls an Willi Schlamm. – In: *Exil* 23 (3003), H. 1, S. 50 – 61, hier S. 50. [↑](#footnote-ref-12)
13. Ebd., Schreiben vom 14. September 1936. [↑](#footnote-ref-13)
14. Schwarzschild begründet seinen Austritt in einem Artikel im *Neuen Tage-Buch,* Jg.4, H. 52 vom 26. Dezember 1936, S. 1231 f. [↑](#footnote-ref-14)
15. Reinhard Müller: Bericht des Komintern-Emissärs Bohumir Šmeral über seinen Pariser Aufenthalt 1937 (Dokument). – In: *Exilforschung* 9 (1991), S. 236 – 261. [↑](#footnote-ref-15)
16. Müller: Šmeral, S. 240 f. [↑](#footnote-ref-16)
17. Breitscheid war nicht als offizieller Vertreter der SPD Mitglied im Volksfrontausschuss – der Parteivorstand der SOPDE weigerte sich vielmehr, sich an den Volksfront-Verhandlungen zu beteiligen –, sondern als Privatperson. [↑](#footnote-ref-17)
18. Ebd., S. 241. [↑](#footnote-ref-18)
19. Ebd., S. 254. [↑](#footnote-ref-19)
20. Es sind nicht allein die Moskauer Prozesse, die die Zusammenarbeit bei den *Deutschen Informationen* belasten. In einem Brief an Heinrich Mann vom 3. Dezember 1937 moniert Rudolf Breitscheid, dass Dimitroff in einem Artikel zum zwanzigjährigen Bestehen der Sowjetunion gefordert habe, „das Bekenntnis zur Demokratie muesse mit dem Bekenntnis zum Stalinismus Hand in Hand gehen“, und in diesem Zusammenhang auch Angriffe gegen den „Sozialdemokratismus“ formuliert habe. Dies sei der Grund, dass er (Breitscheid) sich von den *Deutschen Informationen* trenne. – In: Dirk Kemper: *Heinrich Mann und Walter Ulbricht: Das Scheitern der Volksfront.* Briefwechsel und Materialien. 2012, S. 230 f. [↑](#footnote-ref-20)
21. Zum „Fall Münzenberg“ sowie generell zum Scheitern der „Volksfrontverhandlungen“ vgl. Kemper: ebd.*,* S. 53 – 93. [↑](#footnote-ref-21)
22. Reinhard Müller: *Herbert Wehner – Moskau 1937.* Hamburg 2004, S. 116. Radek ist 1937 Angeklagter im zweiten Moskauer Prozess. [↑](#footnote-ref-22)
23. Am 11. November 1937 formuliert Dimitroff in seinem Tagebuch einen Befehl Stalins: „Münzenberg ist ein Trotzkist. Wenn er herkommt [nach Moskau], werden wir ihn sofort verhaften. – Geben Sie [Dimitroff] sich Mühe, ihn hierher zu locken“ (Dirk Kemper: *Heinrich Mann und Walter Ulbricht,* S. 63). 1938 wird Münzenberg aus dem Zentralkomitee der KPD und am 16. Februar 1939 aus der KPD ausgeschlossen. [↑](#footnote-ref-23)
24. Reinhard Müller: Šmeral, S. 241. [↑](#footnote-ref-24)
25. Ebd., S. 259. [↑](#footnote-ref-25)
26. „Auf der anderen Seite bin ich persönlich der Meinung, daß er hierher [nach Moskau zur Internationalen Kontrollkommission] zu einer politischen Aussprache nicht kommt.“ (Ebd.) [↑](#footnote-ref-26)
27. Ebd. [↑](#footnote-ref-27)
28. Dirk Kemper verweist in dieser Frage insbesondere auf den Artikel Georgi Dimitroffs „Die Sowjetunion und die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder“. In: Dirk Kemper: Heinrich Mann und Walter Ulbricht, a.a.O., S. 89 – 93. [↑](#footnote-ref-28)
29. Ursula Langkau-Alex: Volksfront für Deutschland, Sp. 603. Hervorhebung – F.T. [↑](#footnote-ref-29)
30. „Die inneren Konflikte der Republik gipfelten in der Blutwoche von Barcelona Anfang Mai 1937, die durch Schießereien zwischen POUM und Anarchisten einerseits und kommunistisch geführten Polizeitruppen andererseits ausgelöst worden war. Dieser Bürgerkrieg im Bürgerkrieg forderte 500 Tote und führte zu einer schweren Regierungskrise, in deren Verlauf der linkssozialistische Ministerpräsident Francisco Largo Caballero abtreten mußte, die Anarchisten die Regierung verließen und der POUM als angeblicher Urheber der Unruhen auf Hochverrat verklagt und bald verboten wurde. Die Regie hierbei führten Kommunisten, die von Anfang an unauffällig, aber zielstrebig wichtige Schlüsselpositionen in Polizei, Militär und Staatsapparat angestrebt hatten. Die Rolle, die die Sowjetunion als einziger wirksamer Waffenlieferant spielte, hatte diese Personalpolitik unterstützt.“ (Patrik von zur Mühlen: *Spanien war ihre Hoffnung.* Die deutsche Linke im Spanischen Bürgerkrieg 1936 bis 1939. Berlin/Bonn 1985, S. 167) [↑](#footnote-ref-30)
31. Der Ausgangspunkt ist die Beteiligung ausländischer Mächte. Patrik von zur Mühlen formuliert den Tatbestand in folgender Weise: „Spanien war in den Jahren 1936 – 1939 ein bevorzugtes Bestätigungsfeld zahlreicher Geheimdienste. Den Hintergrund hierzu bildeten die internationalen Verwicklungen, in die der innerspanische Konflikt recht bald geriet. […] Es gab […] zahlreiche Dinge, die für Nachrichtendienste anderer Länder von brennendem Interesse sein konnten. Für die deutsche Gestapo, die italienische OVRA, für den portugiesischen PVDE und die Polizeidienste anderer Diktaturen war Spanien auch insofern interessant, als sich in der Republik Emigranten aus ihren Ländern und somit Gegner ihres Regime aufhielten und sich teilweise politische betätigten“ (Patrik von zur Mühlen: *Spanien war ihre Hoffnung,* S. 164. Zur Arbeit des NKWD-Apparates und verwandter Organisationen sowie zum „Kampf gegen Trotzkisten und Faschisten“ vgl. S. 168 – 204). [↑](#footnote-ref-31)
32. Die Distanz gegenüber der „Volksfront“-Politik wurde in weiten Kreisen als ein Verzicht auf aktive, zukunftsorientierte Politik verstanden – als Inaktivität einer Partei, die ihr einstiges politisches Renommee längst verloren hat. [↑](#footnote-ref-32)